



Mitteilungsblatt

26. September 1994

Nr. 10

Inhalt:

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Lausitz

Soweit nachstehend durchgängig die männliche Form verwendet wird, geschieht dies ausschließlich wegen der besseren Lesbarkeit und hat keine weitergehende inhaltliche Bedeutung.

Herausgeber:

Der Rektor der Fachhochschule Lausitz
Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg
Tel. 0 35 73/85 0 ~ Fax 0 35 73/85-20 9
E-Mail: sessner@fh-lausitz.de

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Lausitz

in der Fassung vom 15.12.1993

I. ALLGEMEINES	2
§ 1 Geltungsbereich	2
§ 2 Ziel des Studiums	2
§ 3 Zweck der Prüfung	2
§ 4 Gliederung des Studiums	2
II. ALLGEMEINE PRÜFUNGSGRUNDSÄTZE	2
§ 5 Leistungsnachweise und Prüfungen	2
§ 6 Prüfungsgrundsätze	3
§ 7 Beurteilung von Studien- und Prüfungsleistungen	4
§ 8 Täuschung, Ordnungsverstoß, Ungültigkeit	5
§ 9 Versäumnis und Rücktritt	5
§ 10 Prüfungsausschuß	6
III. STUDIENBEGLEITENDE LEISTUNGSBEURTEILUNGEN	6
§ 11 Semesterbegleitende Leistungsnachweise	6
§ 12 Semesterbeurteilung	7
§ 13 Nachprüfung	8
§ 14 Fachendnote	8
IV. DIPLOMVORPRÜFUNG	8
§ 15 Allgemeine Regelungen	8
§ 16 Diplomvorprüfungsverfahren	8
§ 17 Diplomvorprüfungszeugnis	9
V. DIPLOMPRÜFUNG	9
§ 18 Allgemeine Regelungen	9
§ 19 Prüfungskommission	10
§ 20 Zulassung zur Abschlußprüfung	10
§ 21 Diplomarbeit	11
§ 22 Mündliche Diplomprüfung	12
§ 23 Diplomzeugnis	13
§ 24 Diplomurkunde	14
VI. ANRECHNUNGS- UND ANERKENNUNGSVERFAHREN	14
§ 25 Anrechnung von Studienzeiten und Studienleistungen	14
§ 26 Einstufungsprüfung und Eignungsprüfung	15
VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN	15
§ 27 Übergangsregelung	15
§ 28 Inkrafttreten	15
VIII. ANLAGEN	16
Anlage 1 - Diplomvorprüfungszeugnis - Muster	16
Anlage 2 - Diplomprüfungszeugnis - Muster	17
Anlage 3 - Diplomurkunde - Muster	18

I. ALLGEMEINES

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studenten des Studienganges Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Lausitz. Sie regelt die Prüfungsleistungen zur Ablegung der Zwischenprüfung (Diplomvorprüfung) und der berufsqualifizierenden Abschlußprüfung (Diplomprüfung) gemäß §§ 14 und 15 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg v. 24.6.1991.

(2) Die Prüfungsordnung wird ergänzt durch die Studienordnung (StO) für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Lausitz vom 1.7.1993.

(3) Soweit in dieser Ordnung Mitgliedergruppen oder Funktionsträger der Hochschule genannt werden, sind damit stets sowohl männliche als auch weibliche Personen bezeichnet.

§ 2 Ziel des Studiums

Lehre und Studium sollen die Studenten auf eine berufliche Tätigkeit bei dynamischen Qualifikationsanforderungen unter Einbeziehung des gesellschaftlichen Umfeldes vorbereiten und ihnen die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, daß sie zu wissenschaftlicher Arbeit, zur Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse im Beruf, zu selbständigem und kritischem Denken und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen, den natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaat befähigt werden. Das Studium soll eine anwendungsorientierte Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage vermitteln.

§ 3 Zweck der Prüfung

(1) Die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung dienen der Feststellung, ob der Student das Ziel eines Studienabschnittes bzw. eines Studienganges erreicht hat. Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluß des Studiums.

(2) Sofern semester- und studienbegleitende Leistungsnachweise nach Anforderung und Verfahren einer Prüfungsleistung gleich-

wertig sind, dienen sie zur Entlastung der Prüfungen.

(3) Der erfolgreiche Abschluß des Studiums wird durch das Diplomzeugnis bescheinigt. Gleichzeitig wird dem Kandidaten der akademische Grad eines Diplom-Kaufmanns (FH) bzw. einer Diplom-Kauffrau (FH) verliehen und ihm darüber eine Urkunde (Diplomurkunde) ausgehändigt.

§ 4 Gliederung des Studiums

(1) Der Studiengang Betriebswirtschaftslehre an der FH Lausitz gliedert sich in das Grundstudium und das Hauptstudium. Das Grundstudium umfaßt 3 Semester und schließt mit der Diplomvorprüfung ab. Das Hauptstudium umfaßt 5 Studiensemester, davon 3 Hochschulstudiensemester, ein praktisches Studiensemester sowie ein Diplomprüfungssemester und schließt mit der Diplomprüfung ab. Die Regelstudienzeit beträgt 8 Semester. Das praktische Studiensemester wird in der Regel als 5. Studienplansemester festgelegt.

(2) Eine förmliche Zulassung zum Hauptstudium findet nicht statt. Die Zulassung zur Ablegung von Prüfungsleistungen im Hauptstudium erfolgt nach erfolgreicher Ablegung der Diplomvorprüfung. Eine Kandidatin kann auch dann Prüfungsleistungen im Hauptstudium ablegen, wenn sie bis auf höchstens zwei Studienfächer alle weiteren Fächer des Grundstudiums erfolgreich abgeschlossen hat. Zulassungsvoraussetzung zum praktischen Studiensemester ist die bestandene Vordiplomprüfung.

(3) Die Diplomvorprüfung kann vor Ablauf des dritten Semesters und die Diplomprüfung vor Ablauf der Regelstudienzeit abgelegt werden, **sofern die geforderten Voraussetzungen nachgewiesen werden.**

II. ALLGEMEINE PRÜFUNGSGRUNDSÄTZE

§ 5 Leistungsnachweise und Prüfungen

(1) Als Leistungsnachweise und Prüfungen sind zu unterscheiden:

- a) semesterbegleitende Leistungsnachweise im Laufe eines Semesters;

- b) Leistungsbeurteilungen am Ende eines Semesters (Semesterbeurteilungen),
- c) die Gesamtbeurteilung der Leistungen innerhalb eines Studienfaches (Fachendnote),
- d) die Diplomvorprüfung,
- e) die Bescheinigung über den Abschluß des praktischen Studiensemesters,
- f) die Diplomprüfung.

(2) Die semesterbegleitenden Leistungsnachweise dienen nach kürzeren Studienabschnitten Lehrenden und Lernenden zur regelmäßigen Überprüfung des Studienerfolges. Jeder semesterbegleitende Leistungsnachweis ist auf eine einzelne Lehrveranstaltung bezogen und in diese integriert. Semesterbegleitende Leistungsnachweise sind zeitlich so zu legen, daß jeweils überschaubare und fachlich zusammenhängende Stoffgebiete erfaßt werden. Die Formen der Leistungsnachweise müssen den jeweiligen fachlichen Inhalten adäquat sein.

(3) In jeder Lehrveranstaltung führen Leistungsnachweise am Ende der Vorlesungszeit eines Semesters - gegebenenfalls unter Berücksichtigung einer Nachprüfung zu Beginn der Vorlesungszeit des darauffolgenden Semesters - für den Studenten zu einer zusammenfassenden Leistungsbeurteilung (Semesterbeurteilung). Die semesterbegleitenden Leistungsnachweise können nach Maßgabe des Dozenten zur Semesterbeurteilung zusammengefaßt werden. Sie wird - soweit sie mindestens "ausreichend" bzw. "mit Erfolg" lautet - auf einer Leistungsbescheinigung dokumentiert.

(4) Die Gesamtbeurteilung der Leistungen innerhalb eines Studienfaches (Fachendnote) ergibt sich aus den Semesterbeurteilungen.

(5) Die Diplomvorprüfung wird studienbegleitend durchgeführt; sie ist bestanden, wenn das Grundstudium erfolgreich abgeschlossen ist, d. h. wenn sämtliche laut Studienordnung im Grundstudium geforderten Leistungen nachgewiesen sind. Der erfolgreiche Abschluß des Grundstudiums wird durch das Diplomvorprüfungszeugnis dokumentiert.

(6) Durchführung und Abschluß des praktischen Studiensemesters regelt im einzelnen die Ordnung für das praktische Studiense-

mester an der Fachhochschule Lausitz (OPS). Danach erfolgt die Anerkennung des praktischen Studiensemesters

- a) auf der Grundlage des von dem Studenten angefertigten Praxisberichts,
- b) auf Grund der von der Ausbildungsstelle ausgestellten Bescheinigung,
- c) unter Berücksichtigung der Leistungen des Studenten in den praxisbegleitenden Lehrveranstaltungen.

Über das erfolgreich abgeschlossene praktische Studiensemester wird von der FHL eine Bescheinigung ausgestellt.

(7) Die Diplomprüfung besteht aus einem studienbegleitenden Teil, der Diplomarbeit und der mündlichen Diplomprüfung. Diplomarbeit und mündliche Diplomprüfung (Disputation) bilden die Abschlußprüfung. Die Abschlußprüfung wird grundsätzlich nach erfolgreichem Abschluß sämtlicher Studienfächer des Hauptstudiums (studienbegleitender Teil der Diplomprüfung) durchgeführt.

§ 6 Prüfungsgrundsätze

(1) Prüfungen werden in der Regel als Einzelprüfungen abgehalten. In geeigneten Fällen können sie auf Antrag der Kandidaten als Gruppenprüfungen mit höchstens drei Kandidaten durchgeführt werden; dabei muß der Beitrag des einzelnen Kandidaten abgrenzbar und individuell bewertbar sein.

(2) Die Durchführung des Diplomvorprüfungsverfahrens und der Diplomprüfung sowie die Entscheidung über die Anerkennung des praktischen Studiensemesters obliegt dem Prüfungsausschuß und der -kommission bzw. dem Beauftragten für die allgemeine Durchführung des Praxissemesters. Für semesterbegleitende Leistungsnachweise und für die Semesterbeurteilung (einschließlich zugehöriger Nachprüfung) ist jeweils nur die für die betreffende Lehrveranstaltung zuständige Lehrkraft verantwortlich.

(3) Die in § 14, Abs. 4 des BBHG benannten Personen können für alle Prüfungen ihres Fachgebietes zu Prüfern bestellt werden.

(4) Mündliche Prüfungen sind von mehreren Prüfern oder von einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers abzunehmen. Der Gegenstand der Prüfung ist

zu protokollieren. Wird eine mündliche Prüfung als Gruppenprüfung durchgeführt, verlängert sich die Prüfungszeit proportional zur Zahl der Teilnehmer.

(5) Mitglieder der Hochschule können nach Maßgabe vorhandener Plätze als Zuhörer an mündlichen Prüfungen teilnehmen; Studenten, die sich der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sind zu bevorzugen. Die Öffentlichkeit ist auf Antrag eines Kandidaten auszuschließen. Zuhörer haben sich jeder Einflußnahme auf die Prüfung zu enthalten, andernfalls ist die Öffentlichkeit unverzüglich auszuschließen. Die Beratung und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse erfolgen nicht öffentlich.

(6) Die Beurteilung von mündlichen Prüfungsleistungen ist dem Kandidaten jeweils unverzüglich durch die zuständige Lehrkraft bzw. Prüfungskommission mitzuteilen; dies gilt auch für die Mitteilung von Teilergebnissen von Prüfungen. Auf seinen Antrag ist dem Kandidaten zu vom Prüfer festgelegten Terminen nach Abschluß der jeweiligen Prüfung Einsicht in die ihn unmittelbar betreffenden Prüfungsunterlagen zu gewähren.

(7) Die Wiederholung einer Prüfung mit dem Ziel, eine bereits mindestens "ausreichend" lautende Beurteilung zu verbessern, ist ausgeschlossen; dies gilt sinngemäß auch für Semesterbeurteilungen. Für die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfung gilt, daß deren Ergebnis durch das Ergebnis der Wiederholung ersetzt wird. Die Sätze 1 und 2 beziehen sich nicht auf semesterbegleitende Leistungsnachweise, binden also die Lehrkraft nicht hinsichtlich ihrer Verfahrensweise innerhalb der Vorlesungszeit des Semesters.

(8) Auf Antrag werden angemessene Erleichterungen bei Prüfungen und sonstigen Leistungsnachweisen für Studenten gewährt, die infolge einer nachgewiesenen Behinderung den anderen Kandidaten gegenüber wesentlich im Nachteil sind. Die Erleichterungen müssen geeignet sein, die mit der individuellen Behinderung verbundenen Nachteile auszugleichen, ohne daß hierbei eine Minderung der Leistungsanforderungen eintritt.

§ 7 Beurteilung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studien- und Prüfungsleistungen sind grundsätzlich differenziert zu beurteilen. Es sind folgende Noten zu verwenden.

1 = sehr gut

Die Note "sehr gut" ist zu erteilen, wenn die Leistungen durch Eigenart, Wissensumfang und Form sowie durch Klarheit der Darstellung besonders hervorragen.

2 = gut

Die Note "gut" ist zu erteilen, wenn die Leistungen nach Inhalt und Form erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegen.

3 = befriedigend

Die Note "befriedigend" ist zu erteilen, wenn es sich um Leistungen handelt, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entsprechen.

bis 4,0 = ausreichend

Die Note "ausreichend" ist zu erteilen, wenn die Leistungen trotz vorhandener Mängel im ganzen den Mindestanforderungen entsprechen.

ab 4,3 = ungenügend

Die Note "ungenügend" ist zu erteilen, wenn die Leistungen im ganzen den Mindestanforderungen nicht **genügen**.

Zur weiteren Differenzierung der Beurteilung sind um 0,3 verminderte oder erhöhte Noten zu verwenden; die Noten **0,7 und 5,3** entfallen.

Sind Noten aus dem (gewichteten) arithmetischen Mittel mehrerer Teilnoten zu bilden, und liegt die gemittelte Note zwischen zwei Notenstufen nach § 7 Abs. 1 Satz 7, so gilt die bessere Note als Gesamtnote.

(2) Studien- und Prüfungsleistungen sind bestanden, wenn sie mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet worden sind.

(3) Abweichungen von dem in Absatz 1 formulierten Grundsatz beschränken sich auf die nachstehend aufgeführten Fälle:

- a) In den begleitenden Lehrveranstaltungen des praktischen Studiensemesters erfolgt die Semesterbeurteilung undifferenziert, d. h. "mit Erfolg" bzw. "ohne Erfolg" zu bewerten.
- b) Der Fachbereichsrat kann festlegen, daß die Semesterbeurteilung in bestimmten

Übungsveranstaltungen undifferenziert - d. h. unter Verwendung der Prädikate "mit Erfolg" bzw. "ohne Erfolg" - ergeht. Voraussetzung ist, daß diese Übungen in einem fachlichen Zusammenhang mit anderen Vorlesungen stehen; Vorlesungen und Übungen bilden dann im Rahmen eines Studienfaches eine didaktische Einheit. In solchen Fällen werden Übungsleistungen auf den Zeugnissen nicht gesondert ausgewiesen; differenzierte Semesterbeurteilungen aus Vorlesungen erhalten für die Bildung der Fachendnote erst dann Gültigkeit, wenn zugehörige Übungen erfolgreich abgeschlossen wurden.

§ 8 Täuschung, Ordnungsverstoß, Ungültigkeit

(1) Die Dozenten teilen den Studenten die erlaubten Hilfsmittel schriftlich mit. Versucht eine Kandidatin das Ergebnis ihrer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht erlaubter Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung bei studienbegleitenden Leistungsnachweisen als nicht beurteilbar, § 12 Abs. 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Die Leistungen der Diplomabschlußprüfung gelten in diesen Fällen als nicht bestanden.

(2) In Fällen des Absatzes 1 kann ein bereits ausgestelltes Diplomvorprüfungszeugnis eingezogen werden, soweit die betreffende Prüfungsleistung Voraussetzung für die Erteilung des Diplomvorprüfungszeugnisses war. Die Zulassung zur Diplomprüfung kann zurückgenommen werden, wenn die betreffende Prüfungsleistung Voraussetzung für die Zulassung zur Diplomprüfung war. War die Prüfungsleistung Voraussetzung für die Erteilung des Diplomzeugnisses, so kann der Prüfungsausschuß das Diplomzeugnis einziehen. Die Neuerteilung des Zeugnisses ist in diesem Fall von der nochmaligen erfolgreichen Ablegung der irregulär erbrachten Prüfungsleistung abhängig.

(3) Ergibt sich während oder nach Abschluß der Diplomprüfung, daß sich der Kandidat bei der Anfertigung der Diplomarbeit oder bei der mündlichen Diplomprüfung unerlaubter Hilfsmittel bedient hat oder sich anderweitig einer Täuschung schuldig ge-

macht hat, so kann die Prüfung vom zuständigen Prüfungsausschuß ganz oder teilweise für "nicht bestanden" erklärt werden. Diplomzeugnis und Diplomurkunde sind in diesem Fall einzuziehen. Dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Anhörung zu geben.

(4) Stört oder gefährdet ein Kandidat den geordneten Ablauf einer Prüfung oder eines studienbegleitenden Leistungsnachweises, so kann er **von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden** von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen werden. Im übrigen gelten die Bestimmungen von Absatz 1 Satz 3 und 4 sinngemäß.

§ 9 Versäumnis und Rücktritt

(1) Ist ein Kandidat durch von ihm nicht zu vertretende Umstände zwingend gehindert, an einer Prüfung teilzunehmen, so hat er dies dem Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich anzuzeigen und dabei die Hinderungsgründe nachzuweisen. Im Krankheitsfalle ist ein ärztliches Attest, im Wiederholungsfalle ein amtsärztliches Attest einzureichen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses entscheidet über die Anerkennung der geltend gemachten Gründe.

(2) Bei anerkannter Verhinderung gemäß Absatz 1 gilt die Prüfung als nicht abgelegt. Bereits bestandene Prüfungsteile werden angerechnet.

(3) Versäumt eine Kandidatin eine Prüfung und werden zwingende Gründe hierfür nicht anerkannt, so hat dieses Versäumnis bei studienbegleitenden Leistungsnachweisen die Rechtsfolgen einer nicht beurteilbaren Prüfung, bei Abschlußprüfungen die Rechtsfolgen einer nicht bestandenenen Prüfung.

(4) Tritt ein Kandidat im Verlauf einer Prüfung von der weiteren Prüfung zurück und werden zwingende Gründe hierfür nicht anerkannt, so hat dies die Rechtsfolgen einer nicht bestandenenen Prüfung. In begründeten Fällen kann der zuständige Prüfungsausschuß auf Antrag des Kandidaten bereits bestandene Prüfungsteile bei der Wiederholung der Prüfung anerkennen.

(5) Für semesterbegleitende Leistungsnachweise als Grundlage der Semesterbeurteilung gelten die Absätze 1 bis 4 sinngemäß. Bei semesterbegleitenden Leistungsnach-

weisen kann Versäumnis oder Rücktritt gemäß Absatz 3 und 4 die Nichtbeurteilbarkeit des Kandidaten für das jeweilige Semester in der betreffenden Lehrveranstaltung zur Folge haben; § 12 Abs. 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(6) Entscheidungen gemäß Absätzen 1 bis 5 sind dem Studenten vom Prüfungsausschuß schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 10 Prüfungsausschuß

(1) Für den Studiengang wird vom Fachbereichsrat ein Prüfungsausschuß gewählt und vom Dekan bestellt; ihm gehören an:

- a) ein Professor als Vorsitzender,
- b) zwei weitere Professoren des Fachbereichs, von denen einer der Stellvertretende Vorsitzende ist;
- c) ein Student, der die Diplomvorprüfung des Studienganges bestanden hat,
- d) ein Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der mindestens die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.

Die Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters erfolgt durch den Fachbereichsrat. Für die Mitglieder gemäß Buchstaben b bis d sind Stellvertreter zu bestellen.

(2) Die Mitglieder gemäß Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a und b sowie deren Stellvertreter werden für die Dauer von sechs Semestern, die Mitglieder gemäß Absatz 1 Satz 1 Buchstabe c und d und ihre Stellvertreter für die Dauer von zwei Semestern bestellt.

(3) Der Prüfungsausschuß achtet auf die Einhaltung der Bestimmungen der Prüfungsordnung. Er berichtet dem Fachbereichsrat regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Studien- und Prüfungsordnungen.

Der Prüfungsausschuß ist in Zusammenarbeit mit der Studienverwaltung insbesondere zuständig für

- a) den organisatorischen Ablauf von Prüfungsverfahren im Rahmen der Diplomvorprüfung und der Diplomprüfung,
- b) Aufgaben im Rahmen der Einstufungsprüfung gemäß § 26,
- c) Entscheidungen gemäß §§ 8 und 9.

(4) Der Prüfungsausschuß entscheidet mit einfacher Mehrheit; Stimmenthaltung ist unzulässig. Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder gemäß Absatz 1 Satz 1 Buchstaben a und b anwesend oder vertreten sind. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter haben das Recht, an den Prüfungen im Studiengang beobachtend teilzunehmen.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter, die Prüfer und die Beisitzer bei Prüfungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im Öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Der Prüfungsausschuß kann die Befugnis zur Bestellung von Prüfern und Beisitzern sowie eilbedürftige Entscheidungen dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter übertragen.

III STUDIENBEGLEITENDE LEISTUNGSBEURTEILUNGEN

§ 11 Semesterbegleitende Leistungsnachweise

(1) Als semesterbegleitende Leistungsnachweise kommen insbesondere in Betracht:

1. Klausuren und Tests (schriftliche Prüfungsaufgaben, die innerhalb einer festgelegten Zeit unter Aufsicht mindestens einer Lehrkraft zu lösen sind),
2. protokollierte mündliche Prüfungen (im Umfang von ca. 20 bis 30 Minuten pro Kandidat),
3. Programmierübungen,
4. Studienarbeiten (umfangreichere Arbeiten mit einer Bearbeitungszeit von höchstens einem Semester),
5. Projektarbeiten (umfangreiche Arbeiten mit in der Regel fächerübergreifender Aufgabenstellung und Bearbeitungszeiten von einem Semester oder länger),
6. Referate (Vorträge zu einem abgegrenzten Thema mit anschließender Aussprache),
7. schriftliche Ausarbeitungen (in Hausarbeit zu einem vorgegebenen Termin

gefertigte Ausarbeitungen mit abgegrenzter Themenstellung).

Für semesterbegleitende Leistungsnachweise als Grundlage der Semesterbeurteilung gilt grundsätzlich, daß sie der Semesterbeurteilung aufgrund einer einmaligen Klausur am Ende der Vorlesungszeit als gleichwertig anzusehen sind.

(2) Für die Bewertung der einzelnen semesterbegleitenden Leistungen gelten die Grundsätze des § 7. Die Bewertungskriterien sind auf Wunsch den an der Lehrveranstaltung teilnehmenden Studenten offenzulegen.

(3) Zu Beginn der Vorlesungszeit hat die Lehrkraft die Modalitäten der semesterbegleitenden Leistungsnachweise als auch der Semesterbeurteilung für das laufende Semester den an der Lehrveranstaltung teilnehmenden Studenten mitzuteilen. Dazu gehören insbesondere Art, Umfang und Termine der geforderten Leistungsnachweise, gegebenenfalls Anforderungen hinsichtlich der studentischen Mitarbeit im Rahmen der Lehrveranstaltungen sowie die Kriterien für die Festlegung der Semesterbeurteilung.

(4) Für einzelne semesterbegleitende Leistungsnachweise besteht für den Studenten kein Anspruch auf Wiederholung innerhalb des laufenden Semesters.

(5) Belegt ein Student eine Lehrveranstaltung, so bekundet er damit gleichzeitig den Willen zur Teilnahme an den zugehörigen semesterbegleitenden Leistungsnachweisen. Die Studentin kann unter Einhaltung einer Ausschußfrist von der Belegung zurücktreten, ohne daß dies für sie besondere Rechtsfolgen hat. Erklärungen gemäß Satz 2 müssen schriftlich spätestens sechs Wochen vor Ende der Vorlesungszeit bei der Studienverwaltung vorliegen.

§ 12 Semesterbeurteilung

(1) Für die Semesterbeurteilung sind Noten nach § 7 zu verwenden. Für jede Lehrveranstaltung wird innerhalb der Vorlesungszeit des jeweiligen Semesters mindestens ein semesterbegleitender Leistungsnachweis verlangt, der nach Anforderung und Verfahren einer Prüfungsleistung gleichwertig ist, wenn dieser die Grundlage der Semesterbeurteilung ist. Ist für die Semesterbeurteilung eine Klausur am Ende der Vorle-

sungszeit vorgesehen, so ist eine Einschreibung bei der Studienverwaltung spätestens 14 Tage vor Ende der Vorlesungszeit notwendig. Ist eine Klausur die alleinige Grundlage für die Semesterbeurteilung, so ist für eine Lehrveranstaltung im Umfang von 2 Semesterwochenstunden eine Klausur von 120 Minuten, bei mehr als zwei Semesterwochenstunden eine Klausur von höchstens 180 Minuten vorzusehen. Die Zahl der semesterbegleitenden Leistungsnachweise darf drei nicht überschreiten.

(2) Die Semesterbeurteilungen sind den Studenten spätestens am letzten Tag des Semesters bekanntzugeben. Die Information der Studenten über Nachprüfungsmöglichkeiten gemäß § 13 hat spätestens am Ende der Vorlesungszeit zu erfolgen.

(3) Konnte ein Student auf Grund zwingender Verhinderung die gemäß § 11 Abs. 3 von der verantwortlichen Lehrkraft festgelegten Modalitäten für die studienbegleitenden Leistungsnachweise nicht erfüllen, so steht für das Nachholen des Versäumnisses der Nachprüfungszeitraum des unmittelbar anschließenden Semesters zur Verfügung, sofern es sich nicht um ein Studienfach handelt, für das gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 Nachprüfungen ausgeschlossen sind. In diesen Fällen ist eine Nachprüfung nicht mehr möglich. § 9 Abs. 1 und 2 gilt entsprechend.

(4) Hat ein Student die gemäß § 11 Abs. 3 von der verantwortlichen Lehrkraft festgelegten Modalitäten nicht erfüllt und werden zwingende Gründe nicht anerkannt, so gilt er für das betreffende Semester als "nicht beurteilbar". Eine Leistungsbescheinigung für das betreffende Studienfach wird nicht ausgestellt; eine Nachprüfung ist ausgeschlossen. Im übrigen hat die Nichtbeurteilbarkeit die gleichen Rechtsfolgen wie eine "ungenügend" bzw. "ohne Erfolg" lautende Semesterbeurteilung.

(5) Wird auch unter Berücksichtigung einer eventuellen Nachprüfung nicht mindestens die Semesterbeurteilung "ausreichend" bzw. "mit Erfolg" erreicht, so muß die entsprechende Lehrveranstaltung des Studienfaches wiederholt werden; der Student muß entsprechend neu belegen. Dies gilt nur für Pflichtfächer und solche Wahlpflichtfächer,

die vom Studenten für das Zeugnis ausgewählt werden.

§ 13 Nachprüfung

(1) Hat eine Studentin in einer Lehrveranstaltung die Semesterbeurteilung "ungenügend" - bzw. in den Fällen des § 7 Abs. 3 die Beurteilung "ohne Erfolg" - erhalten, so hat sie Anspruch auf eine Nachprüfung zu Beginn der Vorlesungszeit des unmittelbar anschließenden Semesters. Der Fachbereichsrat kann in begründeten Ausnahmefällen bestimmte Studienfächer oder Teile solcher Fächer kennzeichnen, zu denen aus fachlichen Gründen Nachprüfungen ausgeschlossen sind.

(2) Gilt ein Student gemäß § 8 Abs. 1 und 2, § 9 Abs. 5 oder § 12 Abs. 4 als nicht beurteilbar, so ist eine Nachprüfung ausgeschlossen. Eine Nachprüfung mit dem Ziel, eine mindestens "ausreichend" lautende Semesterbeurteilung zu verbessern, ist unzulässig.

(3) Die für die Lehrveranstaltung zuständige Lehrkraft gibt Zeit und Ort der Nachprüfung durch Aushang - spätestens drei Tage vor dem Prüfungstermin - fachbereichsöffentlich bekannt.

(4) Nachprüfungen sollen zehn Vorlesungstage nach Beginn der Vorlesungszeit des neuen Semesters abgeschlossen sein. Nachprüfungstermine werden nur einmal im Semester angeboten. Versäumt ein Student den Termin, so erlischt grundsätzlich sein Anspruch auf Nachprüfung. In zwingenden Fällen (z. B. bei Überschneidung mehrerer Nachprüfungstermine) sind individuelle Terminabsprachen erforderlich; Satz 1 bleibt unberührt; § 9 Abs. 1 und 2 gilt entsprechend.

(5) Eine Nachprüfung ist als Klausur oder protokollierte mündliche Prüfung durchzuführen. Sie muß inhaltlich den Anforderungen in der betreffenden Lehrveranstaltung entsprechen. Die Dauer einer mündlichen Nachprüfung soll ca. 20 bis 30 Minuten pro Kandidat betragen.

(6) Die neue Semesterbeurteilung ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel zwischen ursprünglicher Semesterbeurteilung und dem Ergebnis der Nachprüfung **unter Berücksichtigung des § 7 Abs. 1 Satz 8.** In den Fällen des § 7 Abs. 3

(undifferenzierte Semesterbeurteilung) ersetzt das Ergebnis der Nachprüfung die ursprüngliche Semesterbeurteilung.

§ 14 Fachendnote

(1) Ein Studienfach ist erfolgreich abgeschlossen, wenn sämtliche für das Fach vorgeschriebenen Semesterbeurteilungen mindestens "ausreichend" bzw. "mit Erfolg" lauten; § 7 Abs. 3 Buchstabe b Satz 3 ist zu beachten.

(2) Die Fachendnote ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der mit dem zeitlichen Anteil an den Gesamtsemesterwochenstunden gewichteten (mindestens "ausreichend" lautenden) differenzierten Semesterbeurteilungen des Studienfaches **unter Berücksichtigung des § 7 Abs. 1 Satz 8.** Bei Studienfächern, die gemäß Studienordnung nur ein Semester umfassen, ist die Fachendnote gleich der Semesterbeurteilung.

IV. DIPLOMVORPRÜFUNG

§ 15 Allgemeine Regelungen

(1) Das Bestehen der Diplomvorprüfung wird im Diplomvorprüfungsverfahren festgestellt. Das Verfahren wird in jedem Semester zweimal durchgeführt: einmal zu Semesterende nach Vorliegen der Semesterbeurteilungen, ein zweites Mal zu Beginn des folgenden Semesters nach Abschluß der Nachprüfungen.

(2) Die Diplomvorprüfung ist bestanden, wenn der Kandidat das Grundstudium erfolgreich abgeschlossen hat. Dies bedeutet im einzelnen, daß sämtliche im Grundstudium endenden Studienfächer erfolgreich abgeschlossen sind und alle Fachendnoten vorliegen.

§ 16 Diplomvorprüfungsverfahren

(1) Die Studentin beantragt termingerecht bei der Studienverwaltung die Ausfertigung des Diplomvorprüfungszeugnisses. Dem schriftlichen Antrag sind beizufügen:

1. die Nachweise über das Vorliegen der in § 15 Abs. 2 genannten Voraussetzungen, soweit sie zum Zeitpunkt der Beantra-

gung schon vorliegen und nicht bereits Teil der Studienakte sind,

2. eine Erklärung darüber, ob der Kandidat bereits eine Diplomvorprüfung im gleichen Studiengang an einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht bestanden hat oder ob er sich andernorts in einem schwebenden Prüfungsverfahren gleicher Art befindet.

(2) Die Durchführung des Diplomvorprüfungsverfahrens darf nur abgelehnt werden, wenn der Kandidat die Vorprüfung im gleichen Studiengang an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden hat. Im Falle der Ablehnung erteilt die Studienverwaltung auf Grund der Entscheidung des zuständigen Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen ist.

(3) Die **Fachhochschule** stellt auf Grund der Entscheidungen des Prüfungsausschusses das Diplomvorprüfungszeugnis aus.

(4) Alle Unterlagen des Diplomvorprüfungsverfahrens werden Bestandteil der Studienakte.

§ 17 Diplomvorprüfungszeugnis

(1) Das Diplomvorprüfungszeugnis weist für die im Grundstudium endenden Studienfächer die Fachendnoten gemäß § 14 Abs. 2 aus; Wahlpflichtfächer sind als solche zu kennzeichnen. Wahlfächer können auf Antrag des Kandidaten ausgewiesen werden, soweit eine differenzierte Semesterbeurteilung vorliegt.

(2) Prüfungsfächer für das Diplomvorprüfungszeugnis sind die im Grundstudium endenden Studienfächer:

- Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre
- Grundlagen der Volkswirtschaftslehre
- Betriebliches Rechnungswesen
- Wirtschaftsmathematik
- Wirtschaftsinformatik
- Wirtschaftsrecht
- Wirtschaftsstatistik
- ein Ergänzungsfach
- zwei Wirtschaftssprachen.

Der Umfang der Semesterwochenstunden und die Abfolge wird in der Studienordnung geregelt.

Weist ein Student mehr als eine Semesterbeurteilung im Ergänzungsfach nach, so kann er das Fach bestimmen, das im Diplomvorprüfungszeugnis ausgewiesen werden soll. Die übrigen differenzierten Semesterbeurteilungen für ein Ergänzungsfach können als Wahlfach ausgewiesen werden.

(3) Das Diplomvorprüfungszeugnis wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder dessen Stellvertreter und vom Dekan unterschrieben. Es trägt das Datum des Tages, **an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist** und wird mit dem Siegel der FHL versehen.

(4) Ein Muster des Diplomvorprüfungszeugnisses ist als Anlage 1 Bestandteil dieser Ordnung.

(5) Kann ein Kandidat das Grundstudium an der FHL nicht erfolgreich abschließen, wird ihm auf seinen Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zum erfolgreichen Abschluß des Grundstudiums noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen läßt, daß die Diplomvorprüfung nicht bestanden ist. Die Bescheinigung ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder dessen Stellvertreter zu unterschreiben und wird von der Studienverwaltung ausgegeben.

V. DIPLOMPRÜFUNG

§ 18 Allgemeine Regelungen

(1) Durch die Diplomprüfung soll insgesamt festgestellt werden, ob der Kandidat im Verlauf seines Studiums gründliche Fachkenntnisse erworben hat und die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse im Beruf selbständig anzuwenden.

(2) Die Zulassung zur Abschlußprüfung (Diplomarbeit und mündliche Diplomprüfung) erfolgt grundsätzlich erst nach erfolgreichem Abschluß des Hauptstudiums. Die Abschlußprüfung soll inhaltlich und organisatorisch so gestaltet werden, daß sie in der Regel innerhalb des auf die Zulassung folgenden Semesters abgeschlossen werden kann.

(3) Die Abschlußprüfung wird auf Antrag des Studenten vom Fachbereich mit Unterstützung der Studienverwaltung durchgeführt. Die Durchführung obliegt dem Prüfungsausschuß und besonderen Prüfungskommissionen.

(4) Mit der Erteilung des Zulassungsbescheides erwirbt der Student einen Prüfungsanspruch im entsprechenden Studiengang. Dieser Anspruch erlischt fünf Jahre nach der Erteilung des Zulassungsbescheides.

§ 19 Prüfungskommission

(1) Für jeden Kandidaten ist vom Prüfungsausschuß eine Prüfungskommission einzusetzen und der Vorsitzende zu bestimmen. Fertigen mehrere Kandidaten eine gemeinsame Diplomarbeit an, so soll eine gemeinsame Prüfungskommission gebildet werden.

(2) Der Prüfungskommission gehören mindestens zwei Mitglieder an:

- a) ein Professor der FHL, der in der Regel der Vorsitzende ist,
- b) der oder die Lehrkräfte, die die Diplomarbeit betreut haben und
- c) gegebenenfalls eine weitere Lehrkraft, die im Hinblick auf die Diplomarbeit fachkompetent ist, an ihrer Betreuung jedoch nicht mitgewirkt hat sowie gegebenenfalls ein zusätzlicher Gutachter gemäß § 21 Abs. 10 Satz 3.

(3) Kann ein Mitglied der Prüfungskommission seine Aufgaben aus zwingenden Gründen nicht wahrnehmen, so bestimmt die Vorsitzende des zuständigen Prüfungsausschusses unverzüglich einen Vertreter.

(4) Die Prüfungskommission ist für die Durchführung der Abschlußprüfung zuständig. Sie legt die Bewertung der Diplomarbeit, das Ergebnis der mündlichen Diplomprüfung und das Gesamtprädikat der Diplomprüfung fest.

(5) Die Prüfungskommission entscheidet mit einfacher Mehrheit; Stimmenthaltung ist unzulässig. Die Prüfungskommission ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(6) Die Mitglieder der Prüfungskommission unterliegen der Amtsverschwiegenheit. So-

fern sie nicht im Öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 20 Zulassung zur Abschlußprüfung

(1) Zur Abschlußprüfung ist auf Antrag zuzulassen, wer nachweist

- a) die Immatrikulation für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre an der FHL,
- b) den erfolgreichen Abschluß des Grundstudiums (Diplomvorprüfung),
- c) den erfolgreichen Abschluß der Studienfächer des Hauptstudiums (Studienbegleitender Teil der Diplomprüfung),
- d) den erfolgreichen Abschluß des praktischen Studiensemesters,

sofern nicht eine Zulassung nach Abs. 4 zwingend ausgeschlossen ist.

(2) Eine Zulassung nach Abs. 1 kann bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Buchst.

- a), b), d) auch erfolgen, wenn
- a) bis zu 3 Semesterbeurteilungen des Hauptstudiums, die auf maximal 8 Semesterwochenstunden basieren, noch nicht erfolgreich abgeschlossen sind und
- b) der erfolgreiche Abschluß sämtlicher Studienfächer im darauffolgenden Semester möglich und zu erwarten ist.

(3) Dem Zulassungsantrag sind beizufügen

- a) eine gültige Immatrikulationsbescheinigung,
- b) **Abschriften oder Ablichtungen der für den Nachweis nach Abs. 1 Buchst. b bis d geforderten Zeugnisse; soweit diese Nachweise nicht an der FHL erbracht worden sind, ist die Einreichung in öffentlich beglaubigter Form erforderlich.**

c) eine Erklärung darüber, ob der Kandidat eine Zwischen- oder Diplomprüfung als Studierender oder Externer im gleichen Studiengang an einer Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes endgültig nicht bestanden hat oder er sich gegenwärtig dort in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet,

d) ggf. ein begründeter Antrag nach Abs. 2.

(4) Nicht zuzulassen ist, wer die in Abs. 1 oder 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen nicht durch die im Abs. 3 genannten

Unterlagen nachweist. Die Zulassung ist ferner zu versagen, wenn der Kandidat als Studierender oder Externer im gleichen Studiengang an einer Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes eine Zwischen- oder Diplomprüfung endgültig nicht bestanden hat oder er sich gegenwärtig dort in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

(5) Der Kandidat ist gehalten, sich rechtzeitig vor dem Antrag auf Zulassung zur Abschlußprüfung um ein Thema für die Diplomarbeit und um eine betreuende Lehrkraft (ggf. um betreuende Lehrkräfte) zu bemühen. Themenvorschläge für die Diplomarbeit und die Benennung der betreuenden Lehrkraft bzw. der betreuenden Lehrkräfte sind mit Stellung des Zulassungsantrages einzureichen.

(6) Der Prüfungsausschuß führt das Zulassungsverfahren in jedem Semester zweimal durch: einmal zu Semesterende nach Vorliegen der Semesterbeurteilungen, ein zweites Mal zu Semesterbeginn nach Abschluß der Nachprüfungen. In Fällen des Abs. 2 entscheidet der Prüfungsausschuß nach pflichtgemäßem Ermessen. Der Prüfungsausschuß überprüft den Abschluß des Hauptstudiums, bestätigt die Fachendnoten der im Hauptstudium endenden Studienfächer für das Diplomzeugnis und legt den Mittelwert dieser Endnoten gem. §23 Abs.3 zur Ermittlung des Gesamtprädikates fest.

(7) Über die Zulassung bzw. Nichtzulassung wird ein Bescheid erteilt, der im Falle der Nichtzulassung mit Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(8) Der Prüfungsausschuß beschließt unter angemessener Berücksichtigung der Vorschläge des Kandidaten über die Zusammensetzung der Prüfungskommission und legt das Thema der Diplomarbeit im Benehmen mit der betreuenden Lehrkraft bzw. den betreuenden Lehrkräften fest. Die Ausgabe des Themas erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Der Tag der Ausgabe ist aktenkundig zu machen. Gleichzeitig teilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten die Zusammensetzung der Prüfungskommission mit und legt den Abgabetermin für die Diplomarbeit fest; über diesbezügliche Ände-

rungen ist der Kandidat unverzüglich zu unterrichten.

§ 21 Diplomarbeit

(1) Mit der Diplomarbeit soll der Kandidat nachweisen, daß er befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine berufsbezogene, anwendungsorientierte Problemstellung selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Die Diplomarbeit kann auch als Gruppenarbeit für maximal drei Kandidaten vergeben werden. In diesem Fall müssen die Beiträge der einzelnen Kandidaten abgrenzbar und individuell bewertbar sein.

(3) Die Diplomarbeit wird von einer Lehrkraft betreut, die in der Regel ein Professor der FHL ist. In fachlich begründeten Fällen kann eine Diplomarbeit auch von zwei Lehrkräften betreut werden.

(4) Das Thema der Diplomarbeit ist so zu wählen, daß der Abschluß innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten möglich ist. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Im Einzelfall kann auf begründeten Antrag des Kandidaten oder der betreuenden Lehrkraft bzw. den Lehrkräften die Bearbeitungszeit um maximal drei weitere Monate verlängert werden; die Entscheidung trifft der zuständige Prüfungsausschuß im Benehmen mit der betreuenden Lehrkraft bzw. mit den betreuenden Lehrkräften.

(5) Die Diplomarbeit ist fristgemäß beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in zweifacher Ausfertigung abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Wird die Diplomarbeit nicht fristgemäß abgeliefert und werden zwingende Gründe für das Versäumnis nicht anerkannt, gilt sie als mit "ungenügend" beurteilt; §9 Abs. 1 und 2 gilt entsprechend.

(6) Bei der Abgabe der Diplomarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, daß er seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Teil der Arbeit - selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(7) Während der Anfertigung der Diplomarbeit haben die Studenten Anspruch auf Anleitung und Beratung durch die betreu-

ende(n) Lehrkraft bzw. Lehrkräfte. Die betreuende Lehrkraft soll sich in regelmäßigen Abständen vom Fortgang der Arbeit überzeugen.

(8) Die teilweise oder vollständige Anfertigung einer Diplomarbeit in geeigneten Einrichtungen außerhalb der FHL ist zulässig, sofern der Vorsitzende des zuständigen Prüfungsausschusses und die betreuende Lehrkraft (die betreuenden Lehrkräfte) zustimmen.

(9) Abgabe und Beurteilung der Diplomarbeit sind im Regelfall terminlich so abzustimmen, daß die mündliche Diplomprüfung innerhalb der Vorlesungszeit des auf den Abschluß des Hauptstudiums folgenden Semesters durchgeführt werden kann; Abs.4, Satz 2 und 3 bleibt unberührt.

(10) Für die Beurteilung der Diplomarbeit sind differenzierte Noten gemäß § 7 Abs. 1 zu verwenden. Die Beurteilung erfolgt durch die betreuende Lehrkraft bzw. bei zwei betreuenden Lehrkräften durch ein gemeinsames Gutachten und einem zweiten Gutachter aus der Prüfungskommission, wobei ein Gutachter Professor der FHL sein muß. Weichen die Beurteilungen um nicht mehr als 1,0 voneinander ab, so legt die Prüfungskommission die Beurteilung der Diplomarbeit, abweichend vom Verfahren nach § 19, Abs.5, Satz 1 und 3, durch einstimmigen Beschluß fest. Kann die Prüfungskommission sich nicht auf eine gemeinsame Note einigen oder weichen die Beurteilungen um mehr als 1,0 voneinander ab, so beauftragt der Prüfungsausschuß eine weitere fachkompetente Lehrkraft mit einem dritten Gutachten. Die endgültige Beurteilung der Diplomarbeit wird in diesem Falle durch Bildung des arithmetischen Mittels der drei Noten festgelegt. Gutachten über die Diplomarbeit werden Bestandteil der Studienakte. In den Fällen des § 20 Abs. 1 Satz 3 darf die Beurteilung der Diplomarbeit dem Kandidaten erst mitgeteilt werden, wenn sämtliche Studienfächer des Hauptstudiums erfolgreich abgeschlossen sind.

(11) Lautet die endgültige Beurteilung der Diplomarbeit nicht mindestens "ausreichend", ist die Diplomprüfung insgesamt nicht bestanden. Die Diplomarbeit muß mit neuem Thema unverzüglich wiederholt werden. Führt auch die Wiederholung der

Diplomarbeit nicht mindestens zur endgültigen Beurteilung "ausreichend", so ist eine weitere Wiederholung ausgeschlossen; der Kandidat hat die Diplomprüfung im betreffenden Studiengang an der FHL endgültig nicht bestanden. Bei Wiederholung der Diplomarbeit ist eine Rückgabe des Themas nur dann zulässig, wenn der Kandidat bei seiner ersten Diplomarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Im übrigen gelten die Bestimmungen der voranstehenden Absätze sowie die Regelungen der §§ 19 und 20 entsprechend.

§ 22 Mündliche Diplomprüfung

(1) Die mündliche Diplomprüfung wird unverzüglich nach Vorliegen der mindestens "ausreichend" lautenden Beurteilung der Diplomarbeit durchgeführt. In Fällen des § 20 Abs. 1 Satz 3 wird die mündliche Diplomprüfung erst durchgeführt, wenn sämtliche Studienfächer des Hauptstudiums erfolgreich abgeschlossen sind. Termine für mündliche Diplomprüfungen legt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Benehmen mit den Prüfungskommissionen fest.

(2) Die mündliche Diplomprüfung findet in Form einer hochschulöffentlichen Disputation unter Beachtung der in § 6 Abs. 4 und 5 formulierten Grundsätze statt. Wurde die Diplomarbeit als Gruppenarbeit durchgeführt, so soll auch die mündliche Diplomprüfung als gemeinsame Prüfung organisiert werden.

(3) Die mündliche Diplomprüfung soll sich schwerpunktmäßig an den Fachgebieten der Diplomarbeit orientieren. Durch sie soll festgestellt werden, ob der Kandidat gesichertes Wissen auf dem Gebiet der Diplomarbeit besitzt und fähig ist, die Ergebnisse der Diplomarbeit selbständig zu begründen. Dem Kandidaten soll einleitend Gelegenheit gegeben werden, in einem zehn- bis fünfzehnminütigen Vortrag über die Ergebnisse der Diplomarbeit zusammenfassend zu referieren.

(4) Die mündliche Diplomprüfung wird von der Prüfungskommission unter Leitung ihres Vorsitzenden durchgeführt. Sämtliche Mitglieder der Kommission sind prüfungsberechtigt und müssen anwesend oder ver-

treten sein. Der Verlauf der Prüfung ist zu protokollieren.

(5) Die Dauer der mündlichen Diplomprüfung soll 30 Minuten nicht unter-, 60 Minuten nicht überschreiten; bei Gruppenprüfungen ist § 6 Abs. 4 Satz 3 zu beachten. Der einleitende Vortrag gemäß Absatz 3 Satz 3 wird auf die Prüfungsdauer nicht angerechnet.

(6) Das Ergebnis der mündlichen Diplomprüfung wird von der Prüfungskommission unter Ausschluß der Öffentlichkeit festgelegt. Die Beurteilung der Prüfungsleistung erfolgt differenziert gemäß § 7 Abs.1.

(8) Lautet die Beurteilung der mündlichen Diplomprüfung nicht mindestens "ausreichend", so ist die Diplomprüfung nicht bestanden. Die mündliche Diplomprüfung kann frühestens nach drei Monaten wiederholt werden. Wird auch bei der Wiederholung nicht mindestens die Beurteilung "ausreichend" erreicht, so besteht die Möglichkeit der zweiten Wiederholung, wiederum frühestens drei Monate nach dem letzten Prüfungstermin. Wiederholungstermine sind unter Beachtung der voranstehenden Fristen unverzüglich anzusetzen. Wird auch bei der zweiten Wiederholung keine mindestens "ausreichend" lautende Beurteilung erreicht, ist die Diplomprüfung im betreffenden Studiengang an der FHL insgesamt endgültig nicht bestanden.

§ 23 Diplomzeugnis

(1) Das Diplomzeugnis weist für sämtliche Prüfungsfächer des Hauptstudiums die Fachendnoten gemäß § 14 Abs. 2 aus; Wahlpflichtfächer sind als solche zu kennzeichnen. Wahlfächer können im Diplomzeugnis auf Antrag der Kandidatin ausgewiesen werden, sofern eine differenzierte Semesterbeurteilung vorliegt. Im Diplomzeugnis werden ferner Thema und Beurteilung der Diplomarbeit sowie die Beurteilung der mündlichen Diplomprüfung ausgewiesen.

(2) Prüfungsfächer des Hauptstudiums sind:

1. die fünf Pflichtfächer im Basisstudium:

- Wirtschaftspolitik
- Unternehmenspolitik
- Wirtschaftsrecht
- Wirtschaftsinformatik
- Öffentliche Finanzwirtschaft;

es wird der Mittelwert dieser Fachendnoten gemäß § 14 Abs.2 gebildet;

2. eine Spezialisierung aus dem Spezialisierungsstudium;

Sie besteht in der Regel aus fünf aufeinander bezogenen Lehrveranstaltungen mit einem Gesamtumfang von 20 Semesterwochenstunden. Folgende Spezialisierungen werden angeboten:

- Industrieökonomik
- Technologiemanagement
- Personalmanagement
- Controlling
- Marketing
- Steuerlehre;

die studienbegleitenden Leistungsnachweise der gewählten Spezialisierung führen zu einer Fachendnote gemäß § 14, Abs. 2 ;

3. zwei Anwendungen aus dem Anwendungsstudium;

Sie bestehen in der Regel aus zwei aufeinander bezogenen Lehrveranstaltungen mit einem Gesamtumfang von 8 Semesterwochenstunden, wobei die folgenden Anwendungen angeboten werden:

- Europa
- Mittelstand
- Handel
- Energie und Umwelt
- Gesundheitswesen
- Finanzdienstleistungen;

die studienbegleitenden Leistungsnachweise der beiden gewählten Anwendungen führen zu jeweils einer Fachendnote, die aus der gemeinsamen Semesterbeurteilung der jeweilig gewählten Lehrveranstaltungen besteht. Die gemeinsame Semesterbeurteilung der Lehrveranstaltungen in einer Anwendung erfolgt in der Regel durch eine Klausur von mindestens 240 Minuten.

Das Fächerangebot der Spezialisierungen und der Anwendungen kann durch Beschluß des Fachbereichsrates verändert werden und veränderten Bedingungen angepaßt werden.

4. Außerdem muß eine Semesterbeurteilung in einem Wahlpflichtfach im Umfang von 4 Semesterwochenstunden nachgewiesen werden. Als Wahlpflichtfächer können auch Lehrveranstaltungen in den Spezialisierungen gewählt werden, die in der vom Studenten gewählten Spezialisierung nicht enthalten sind. Weist ein Student mehr als

eine erfolgreiche Semesterbeurteilung im Wahlpflichtfach nach, so kann er das Fach bestimmen, das im Zeugnis als Wahlpflichtfach ausgewiesen wird. Die anderen Semesterbeurteilungen können als Wahlfächer ausgewiesen werden, ohne daß sie in die Diplomnote eingehen.

(3) Das Diplomzeugnis weist eine Gesamtnote aus. Zur Festlegung der Gesamtnote wird ein gewichtetes Mittel gebildet. Es gehen die Fachendnoten der in § 23 Abs. 2 ausgewiesenen Fächer des Basisstudiums mit insgesamt 20%, die Fachendnote der gewählten Spezialisierung mit insgesamt 25%, die Fachendnote der beiden gewählten Anwendungen mit je 10% und die Fachendnote des gewählten Ergänzungsfaches mit 5% ein. Die Beurteilung der Diplomarbeit geht mit 25 % und die Beurteilung der Disputation mit 5% ein. **Die Gesamtnote wird unter Berücksichtigung des § 7 Abs. 1 Satz 8 gebildet.**

(4) Die Studienverwaltung stellt auf Grund der Entscheidungen des Prüfungsausschusses und der Prüfungskommission das Diplomzeugnis und die Diplomurkunde aus. Alle Unterlagen im Zusammenhang mit der Diplomprüfung mit Ausnahme der Diplomarbeit werden Bestandteil der Studienakte. Die Diplomarbeit wird von der Studienverwaltung des Fachbereichs aufbewahrt.

(5) Das Diplomzeugnis wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan unterschrieben und mit dem Siegel der FHL versehen.

§ 24 Diplomurkunde

(1) In der Diplomurkunde wird ein Gesamtprädikat angegeben. **Das Gesamtprädikat wird folgendermaßen gebildet:**

bei einem Durchschnitt	
bis einschließlich 1,5	= sehr gut
bei einem Durchschnitt	
von 1,6 bis einschließlich 2,5	= gut
bei einem Durchschnitt	
von 2,6 bis einschließlich 3,5	= befriedigend
bei einem Durchschnitt	
von 3,6 bis einschließlich 4,0	= ausreichend
bei einem Durchschnitt	
ab 4,1	= nicht ausreichend.

Bei der Bildung der Prädikatsnote wird nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(2) Bei überragenden Leistungen kann die Prüfungskommission mit Zweidrittelmehrheit anstelle des Gesamtprädikats "sehr gut bestanden" das Gesamtprädikat "mit Auszeichnung bestanden" vergeben. Die Gründe für einen solchen Beschluß sind schriftlich festzuhalten.

(3) Mit der Aushändigung der Diplomurkunde wird dem Studenten der akademische Grad eines Diplom-Kaufmanns (FH) bzw. der Studentin der akademische Grad einer Diplom-Kauffrau (FH) verliehen. Die Diplomurkunde wird vom Rektor und vom Dekan unterschrieben. Diplomzeugnis und Diplomurkunde tragen das Datum des Tages der mündlichen Diplomprüfung. Diplomzeugnis und Diplomurkunde werden mit dem Siegel der FHL versehen.

(4) Je ein Muster des Diplomzeugnisses und der Diplomurkunde sind als Anlagen 2 und 3 Bestandteil dieser Ordnung.

(5) Hat ein Kandidat die Diplomprüfung nicht bestanden, wird ihm auf seinen Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zum Bestehen der Diplomprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen läßt, daß die Diplomprüfung nicht bestanden ist.

VI ANRECHNUNGS- UND ANERKENNUNGSVERFAHREN

§ 25 Anrechnung von Studienzeiten und Studienleistungen

(1) Bei einem Wechsel des Studienganges, einem Wechsel der Hochschule oder bei Fortsetzung eines früheren Studiums an der FHL werden bisherige Studienzeiten sowie erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen auf Antrag angerechnet, soweit ihre Gleichwertigkeit nachgewiesen wird. Die Anerkennung von mindestens mit ausreichend beurteilten Studien- und Prüfungsleistungen erfolgt mit Ausnahme von solchen gemäß § 7 Abs. 3

a) bei differenziert beurteilten Leistungen mit der Übernahme dieser Beurteilung **unter Berücksichtigung des § 7 Abs. 1,**

- b) bei undifferenziert beurteilten Leistungen mit der Note 4,0.

Sind gemäß § 7 Abs. 3 undifferenzierte Beurteilungen vorgesehen, so wird die Beurteilung "mit Erfolg" festgelegt.

(2) Zwischenprüfungen und andere gleichwertige Prüfungsleistungen und Vordiplome, die bei mindestens gleicher Länge des Grundstudiums in gleichnamigen Hochschulstudiengängen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag als Abschluß des Grundstudiums anerkannt. Zwischenprüfungen und andere gleichwertige Prüfungs- und Studienleistungen, die in nicht gleichnamigen Hochschulstudiengängen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, werden, sofern ihre Gleichwertigkeit nachgewiesen wird, auf Antrag angerechnet.

(3) Abs. 1 und 2 gelten für in einem staatlich anerkannten Fernstudium erworbene Leistungsnachweise entsprechend.

(4) Entscheidungen nach Abs. 1 bis 3 trifft der Prüfungsausschuß.

(5) Für die Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Soweit Äquivalenzvereinbarungen fehlen, entscheidet die zuständige Stelle.

§ 26 Einstufungsprüfung und Eignungsprüfung

(1) Von Studienbewerbern mit Hochschulzugangsberechtigung können Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie in anderer Weise als durch ein Studium erworben haben, in einer besonderen Einstufungsprüfung nachgewiesen werden. Näheres regelt eine Einstufungsprüfungsordnung.

(2) Für Studienbewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung wird gemäß § 30, Abs. 3 BbHG eine besondere Eignungsprüfung zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung für den angestrebten Studiengang (fachgebundene

Fachhochschulreife) eingerichtet. Näheres regelt eine entsprechende Eignungsprüfungsordnung.

VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 27 Übergangsregelung

Für Studenten, die bis zum 30. 8. 1993 im Studiengang Betriebswirtschaftslehre der FHL immatrikuliert worden sind, hat der Gründungsdekan Übergangsregelungen erlassen, die sicherstellen, daß alle Studien- und Prüfungsleistungen, die nach der DPO v. 20.5.1992 bis zum 1.10.1993 erbracht worden sind, gemäß der vorliegenden Prüfungsordnung in Verbindung mit der StO v. 1.7.1993 für die entsprechenden Studienleistungen anerkannt werden.

§ 28 Inkrafttreten

Diese Ordnung ist dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur gemäß §15 BbHG zur Genehmigung vorgelegt worden und tritt mit ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der FHL in Kraft und ersetzt die Diplomprüfungsordnung vom 20.5. 1992.

VIII. ANLAGEN

Anlage 1 - Diplomvorprüfungszeugnis -
Muster

FACHHOCHSCHULE LAUSITZ

ZEUGNIS



über die DIPLOMVORPRÜFUNG im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften gemäß § 17
der Diplom-Prüfungsordnung vom 15.12.1993 im Studiengang

BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE

geboren am:

in:

hat die Diplomvorprüfung mit Erfolg abgelegt und dabei die folgenden Noten erhalten:

GRUNDLAGENFÄCHER

Grundlagen der
Betriebswirtschaftslehre



Grundlagen der
Volkswirtschaftslehre



Betriebliches
Rechnungswesen



Wirtschaftsmathematik



Wirtschaftsstatistik



Wirtschaftsinformatik



Wirtschaftsrecht

ERGÄNZUNGSFÄCHER

Grundlagen der
Psychologie



Grundlagen der
Soziologie



Grundlagen der
Politologie

WIRTSCHAFTSSPRACHEN

Englisch



Französisch



Russisch



Spanisch



Senftenberg,

DEKAN

VORSITZENDER DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Anlage 2 - Diplomprüfungszeugnis - Muster



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ

ZEUGNIS



über die DIPLOMPRÜFUNG im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften gemäß § 23
der Diplom-Prüfungsordnung vom 15.12.1993 im Studiengang

BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE

geboren am:

in:

hat die Diplomprüfung mit Erfolg abgelegt und dabei die folgenden Noten erhalten:

1. PFLICHFÄCHER

Wirtschaftspolitik



Unternehmenspolitik



Wirtschaftsrecht



Wirtschaftsinformatik



Öffentliche Finanzwirtschaft



Mittelwert der Fachendnoten

2. GEWÄHLTE SPEZIALISIERUNG

.....

Fachendnote

3. GEWÄHLTE ANWENDUNGEN

.....

Fachendnote



.....

Fachendnote



4. WAHLPFLICHTFACH

.....



5. WAHLFÄCHER

.....



.....



6. THEMA DER DIPLOMARBEIT

.....

.....

.....

7. BEURTEILUNG DER DIPLOMARBEIT



**8. BEURTEILUNG DER
MÜNDLICHEN DIPLOMARBEIT**



GESAMTNOTE



Senftenberg,

.....

DEKAN

.....

VORSITZENDER DES
PRÜFUNGSAUSSCHUSSES



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ

URKUNDE

GEBOREN AM:

IN:

HAT DAS DIPLOM (FH) IM STUDIENGANG

BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE

MIT DEM GESAMTPRÄDIKAT

.....

ERWORBEN UND ERHÄLT DEN AKADEMISCHEN GRAD

.....

VERLIEHEN.

Senftenberg,

.....

REKTOR

.....

DEKAN